

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- **EU-Kommission präsentierte neue Impfstrategie gegen COVID19** 2
- **Jahresbericht zu Handelshemmnissen: Zusätzliche Exporterlöse durch EU-Interventionen, aber Protektionismus bleibt ein Problem** 3
- **Der demographische Wandel und die Auswirkungen auf die Europäische Union** 4

Europäisches Parlament

- **EU-Parlament stimmt Hilfspaket zu nach extremen Naturereignissen in Österreich** 5
- **Konferenz zur Zukunft von Europa soll im Herbst 2020 beginnen** 5

Europäischer Rat

- **Europäischer Rat beriet erstmals über #NextGenerationEU** 6

Laufende Konsultationen 7
Impressum 8

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

EU-Kommission präsentierte neue Impfstrategie gegen COVID19

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte am 17. Juni eine europäische Strategie vor, um die Suche nach einem Impfstoff gegen COVID19 zu beschleunigen. Über eine EU-finanzierte Abnahmegarantie für Impfstoffhersteller soll eine ausreichende Produktion von Impfstoffen für alle EU-Staaten garantiert werden.

Die Impfstrategie beruht auf einem Mandat der EU-Gesundheitsministerinnen und – minister und soll zusammen mit der Impfallianz von Frankreich, Deutschland, Italien und der Niederlande ein gemeinsames Konzept umsetzen. Ziel ist es vor allem einen möglichst schnellen und gleichberechtigten Zugang zu einem erschwinglichen Impfstoff in allen EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen.

Von der Leyen erklärte: *„Die Stunde der Wissenschaft und Solidarität ist gekommen. Noch ist die weitere Entwicklung ungewiss, aber ich bin zuversichtlich, dass wir die notwendigen Ressourcen mobilisieren können, um einen Impfstoff zu entwickeln, mit dem dieses Virus ein für alle Mal besiegt werden kann. Wir müssen dafür vorbereitet sein, einen solchen Impfstoff in ganz Europa und weltweit herzustellen und einzusetzen. Dieser Impfstoff wird einen Durchbruch bei der Bekämpfung des Coronavirus darstellen und ein Beweis dafür sein, was durch die Bündelung von Wissen, Forschung und Ressourcen erreicht werden kann. Die Europäische Union wird alles in ihrer Macht Stehende tun, damit alle Menschen Zugang zu einem Impfstoff haben, egal, wo auf der Welt sie leben.“*

Die EU-Strategie beruht auf zwei Säulen:

- **Abnahmegarantien für Impfstoffhersteller:** Die Mittel dafür stammen dabei mehrheitlich aus dem Soforthilfeinstrument. Zusätzliche Unterstützung wird durch Darlehen der Europäischen Investitionsbank gewährt.

- **Anpassung des EU-Rechtsrahmens:** Die Entwicklung, Zulassung und Verfügbarkeit soll – unter Einhaltung der Qualitätsstandards – an die derzeitige Dringlichkeit angepasst werden.

Die EU-Kommission ist sich gleichzeitig bewusst, dass ein Impfstoff nicht nur in der EU und Europa, sondern auch global und besonders in stark gefährdeten Ländern zugänglich sein muss. Die EU setzt sich daher für flächendeckende Tests, Behandlungen und Impfungen ein, und mobilisiert zu diesem Zweck Ressourcen durch internationale Zusagen und gemeinsame Anstrengungen mit verschiedenen Ländern und internationalen Gesundheitsorganisationen. Derzeit wird etwa eine Zusammenarbeit mit Global Citizen und anderen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen umgesetzt, welche am 27. Juni in einem weltweiten Spendengipfel münden wird.

Genauere Infos über die Impfstoffstrategie finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Jahresbericht zu Handelshemmnissen: Zusätzliche Exporterlöse durch EU-Interventionen, aber Protektionismus bleibt ein Problem

Am 18. Juni veröffentlichte die EU-Kommission den jährlichen Bericht über Handels- und Investitionshindernisse. Daraus geht hervor, dass im Jahr 2019 durch die Beseitigung von Handelshemmnissen zusätzliche Exporte in der Höhe von 8 Mrd. € generiert werden konnten.

Der kürzlich veröffentlichte [Bericht](#) der EU-Kommission über Handelshindernisse liefert umfassende Erkenntnisse über die Durchsetzung der Handelsregeln durch die EU. Dank den Interventionen der EU gegen Handelsbeschränkungen konnten europäische Exporteure zusätzliche Erlöse sichern. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Restriktionen von verschiedensten Akteuren wie z.B. China, Russland und Ländern im Nahen Osten. Die Gesamtzahl der bestehenden Handelshemmnisse beläuft sich 2019 weltweit auf 438. Davon wurden 43 im vergangenen Jahr von 22 verschiedenen Ländern eingeführt. Diese hohe Zahl an Restriktionen zeigt, dass Protektionismus im internationalen Handel mittlerweile tief verwurzelt ist. Besonders in Sektoren von strategischer Bedeutung für die EU, wie Informations- und Kommunikationstechnologie, Elektronik, Automobilindustrie und anderen High-Tech-Branchen, sind Restriktionen weit verbreitet.

EU-Handelskommissar Phil Hogan erklärte die Einhaltung der bestehenden internationalen Handelsregeln zur obersten Priorität: *„Während wir all unsere Anstrengungen auf die wirtschaftliche Erholung für die Zeit nach COVID-19 richten, sind neue Impulse für Durchsetzungsmaßnahmen erforderlich. Es ist von wesentlicher Bedeutung, die globalen Handelsströme offen zu halten.“*

Maßnahmen gegen Protektionismus

Der Bericht der Kommission wird seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 jährlich veröffentlicht. Er ist Teil der Bemühungen der Kommission, die internationalen Handelsregeln durchzusetzen. Der Bericht

stützt sich auf Informationen, die von europäischen Unternehmen übermittelt wurden. Um die bestehenden Hilfestellungen im Bereich Exporte besser bekannt zu machen, hat die Kommission die Initiative „Market Access Days“ ins Leben gerufen, in deren Rahmen EU-Unternehmen, nationale Handelsverbände und Handelsexperten der Kommission und der Mitgliedstaaten zusammenkommen, um konkrete Marktzugangsprobleme auf ausländischen Märkten zu erörtern.

Angesichts der Notwendigkeit, sich verstärkt auf Durchsetzungsmaßnahmen im Bereich des Handels zu konzentrieren, wird demnächst ein Leitender Handelsbeauftragter ernannt, der alle Durchsetzungsmaßnahmen der EU koordinieren und steuern soll. Dazu gehört auch die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Fragen der Durchsetzung des Handelsrechts, um schneller und wirksamer auf handelsbeschränkende Praktiken von EU-Handelspartnern reagieren zu können. Zusätzlich soll eine kürzlich gestartete [öffentliche Konsultation](#) zur Überprüfung der EU-Handelspolitik Vorschläge zur besseren Umsetzung der Durchsetzungsmaßnahmen einsammeln.



Europäische Kommission

Der demographische Wandel und die Auswirkungen auf die Europäische Union

Die EU-Kommission verabschiedete am 17. Juni den ersten Bericht über die Auswirkungen des demographischen Wandels. Der Bericht ist der Auftakt für weitere Initiativen der Kommission, mit denen die am stärksten betroffenen Menschen, Regionen und Gemeinschaften unterstützt werden könnten. Er wird insbesondere die Grundlage für das bevorstehende Grünbuch über das „Altern und die langfristige Vision für den ländlichen Raum“ bilden.

Der Bericht gibt Aufschluss über die Entwicklung der Altersstruktur, Lebenserwartung und Beschäftigungsquoten der einzelnen Mitgliedstaaten. Er geht zudem auf den rückläufigen Anteil Europas an der Weltbevölkerung ein, der bis 2070 voraussichtlich weniger als 4 % ausmachen wird. Die Ergebnisse zeigen erhebliche Unterschiede im demografischen Wandel zwischen den Regionen und veranschaulichen die Notwendigkeit, seine Auswirkungen auf Wachstum und Nachhaltigkeit, Beschäftigung, Gesundheit und Langzeitpflege in verschiedenen Teilen Europas anzugehen.

In Österreich verringert sich die erwerbstätige Bevölkerung zwischen 20-64 Jahren bis 2070, während die über 80-Jährigen einen größeren Anteil an der Bevölkerung einnehmen. Diese Entwicklung ist auch EU-weit zu beobachten. Während 2019 noch 265 Millionen Menschen im erwerbstätigen Alter waren, werden es 2070 nur 220 Millionen sein. Österreich hat mit 8,9 Millionen Einwohnern (Stand Jänner 2019) einen Anteil in der Höhe von 2 % der EU-Bevölkerung. 83,8 % der Menschen haben die österreichische Staatsbürgerschaft. 8,1 % sind Bürger aus anderen EU-Staaten, 8 % kommen aus Drittstaaten.

Auf Basis der Ergebnisse des Berichts wird die Kommission mit relevanten Interessensgruppen in Dialog treten, insbesondere auf regionaler Ebene, sowie mit EU-Institutionen, wie dem Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Unter Verwendung der Ergebnisse wird die EU-Kommission ein Grünbuch zum Thema „Altern und die langfristige Vision für den ländlichen Raum“ vorlegen. Dabei wird berücksichtigt, dass es auf-

grund der regionalen Unterschiede keinen einheitlichen Lösungsansatz für alle gibt.

Ergebnisse im Überblick

1. Der **Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung rückläufig**. Daher ist es notwendig, durch eine Erhöhung der Beschäftigungsquote und Produktivitätssteigerungen für nachhaltiges Wachstum zu sorgen.
2. Um den mit einer alternden Gesellschaft einhergehenden Herausforderungen zu begegnen, müssen die europäischen Gesundheits- und Fürsorgesysteme weiter angepasst werden. Wir müssen darüber nachdenken, wie die steigenden **alterungsbedingten öffentlichen Ausgaben** finanziert werden können.
3. Innerhalb desselben Landes bestehen regional oft sehr unterschiedliche demografische Problemlagen. In einigen Regionen sind **rasche Bevölkerungsentwicklungen** zu erwarten, was neue Chancen und Herausforderungen in Bezug auf Investitionen, Infrastruktur und Zugang zu Dienstleistungen mit sich bringt.
4. Der demografische Wandel kann sich auch auf die **Stellung Europas in der Welt** auswirken. Europas Anteil an der Weltbevölkerung und am BIP wird vergleichsweise geringer werden.
5. Die demografische Entwicklung und der **parallel verlaufende ökologische und digitale Wandel** stehen in Wechselbeziehung und fördern oder beschleunigen einander oftmals gegenseitig.



Europäisches Parlament

EU-Parlament stimmt Hilfspaket nach extremen Naturereignissen in Österreich zu

Am 18. Juni billigte das Parlament 279 Mio. € an EU-Hilfen nach extremen Wetterereignissen in Österreich, Italien, Portugal und Spanien im Jahr 2019.

Nach den extremen Wetterereignissen vom November 2019 bekommt Österreich 2,3 Mio. € aus dem Solidaritätsfond der EU. Die südwestlichen Teile Österreichs litten unter schweren Überschwemmungen, insbesondere Kärnten und Osttirol. Den bei weitem größten Anteil des Hilfspakets bekommt Italien (211,7 Mio. €), ebenfalls für Überschwemmungen.

Die EU-Abgeordneten fordern eine Reform des Fonds und weisen daraufhin, „dass Naturkatastrophen aufgrund des Klimawandels immer heftiger ausfallen und immer häufiger auftreten werden“. Im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens soll der Solidaritätsfonds reformiert werden, um den zukünftigen Folgen des Klimawandels zur Rechnung zu tragen. Sie beto-

EU-Solidaritätsfonds





Nach den extremen Wetterereignissen vom November 2019 erhält **Österreich 2,3 Millionen Euro** an EU-Hilfen. Von schweren Überschwemmungen betroffen waren die südwestlichen Teile Österreichs, insbesondere Kärnten und Osttirol.

nen dabei, „dass der Solidaritätsfonds ausschließlich auf die Bewältigung von Folgen ausgerichtet ist, während der Klimawandel entsprechend dem Übereinkommen von Paris und dem Grünen Deal in erster Linie vorbeugende Maßnahmen erfordert“.

Konferenz zur Zukunft von Europa soll im Herbst 2020 beginnen

Das EU-Parlament forderte den Rat in einer EntschlieÙung auf, „umgehend einen Standpunkt zum Format und zur Organisation der Konferenz vorzulegen“. Damit soll noch vor der Sommerpause ein Einvernehmen über die Einrichtung der Konferenz zur Zukunft Europas erzielt werden.

Die Konferenz der Zukunft sollte ursprünglich bereits im Mai 2020 beginnen und zwei Jahre dauern. Dabei sollen BürgerInnen jeden Hintergrunds, VertreterInnen der Zivilgesellschaft auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene in die Festlegung der Prioritäten in der EU einbezogen werden. Die Art und Weise der Durchführung der Konferenz ist noch nicht festgelegt. Die EU-Abgeordneten verlangen, dass die Stimme der BürgerInnen im Mittelpunkt breiter Diskussionen darüber stehen sollte, wie interne und externe Herausforderungen angegangen werden können, die zum Zeit-

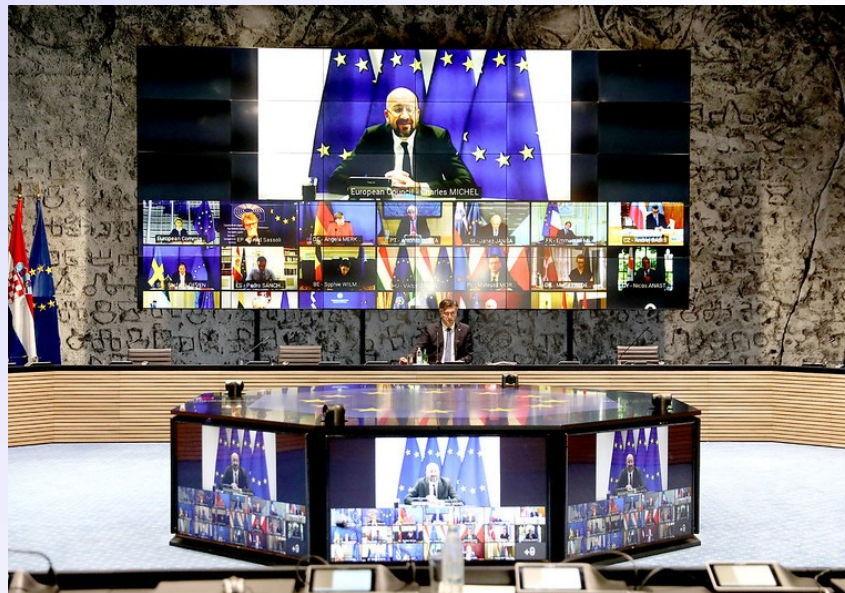
punkt des Vertrags von Lissabon nicht vorgesehen waren. Darüber hinaus bestehen die Abgeordneten auf einem Prozess der offenen Bürgerbeteiligung, der den Umfang der Konferenz selbst festlegt. Der Rat solle nun rasch seine dazu Position vorlegen.

Mehr Informationen zur von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigten und vom Parlament unterstützten Konferenz über die Zukunft Europas finden Sie [hier](#).



Europäischer Rat

Europäischer Rat beriet erstmals über #NextGenerationEU



Am 19. Juni fand die Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs der EU statt. Diskutiert wurde hauptsächlich der europäische Wiederaufbauplan in Verbindung mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen der EU von 2021-2027. Wie erwartet, gestalten sich die Verhandlungen äußerst schwierig. Die Konferenz diente daher vor allem als eine erste Aussprache zur Darlegung der verschiedenen Positionen.

Die ersten Beratungen der Staats- und Regierungschefs über den Vorschlag der EU-Kommission zum neuen Wiederaufbauinstrument Next Generation EU brachten die vielen kritischen Streitpunkte zum Vorschein und zeigte großen Diskussionsbedarf. Unter den EU-Mitgliedstaaten herrscht große Uneinigkeit über Ausmaß, Verteilung und Zusammensetzung der Finanzmittel. Für Mitte Juli möchte Ratspräsident Charles Michel daher einen realen Gipfel einberufen, um eine Annäherung der derzeit sehr unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten zu erzielen. Nach dem Vorschlag der EU-Kommission soll das Instrument 750 Milliarden € umfassen; 500 Milliarden € in Form von Zuschüssen und 250 Milliarden € als Kredite. Diese Summe soll es zusätzlich zum langfristigen EU-Haushalt für 2021-2027 geben, welcher sich auf 1,1 Billionen € belaufen soll. Um rascher aus dieser Krise zu kommen und für etwaige künftige Pandemien besser gewappnet zu sein, möchte die Kommission auch das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon Europe auf 94,4 Milliarden € aufstocken.

Reaktionen nach der Videokonferenz

Deutschland strebt eine möglichst rasche Einigung an: Als Ziel wurde genannt, dass das Geld für den Wiederaufbau

ab 1. Jänner 2021 fließen könne. Dazu sei es notwendig, bürokratische Regeln und das Thema der Dauer von Genehmigungsverfahren noch einmal zu prüfen. In einer [Pressekonferenz](#) im Anschluss des Europäischen Rats begrüßte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel die „Grundarchitektur des Aufbaufonds“. Sie beschrieb die jetzige Krise als die größte wirtschaftliche Herausforderung in der Geschichte der EU: „Dementsprechend müssen auch die Maßnahmen sein, die wir ergreifen.“ [Michel kündigte nach der Videokonferenz an](#), im Vorfeld des realen Gipfels im Juli einige konkrete Vorschläge auf den Tisch zu bringen. Trotz der Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten sehe er große Bereitschaft möglichst zeitnah zu einer Kompromisslösung zu kommen. Der österreichische Bundeskanzler [Sebastian Kurz zeigte sich insgesamt zuversichtlich](#), von einer Einigung sei man aber meilenweit entfernt. Für Österreich gehe es in erster Linie um die Frage, wofür genau das Geld verwendet werden soll und ob die Investitionen auch wirklich dorthin fließen, wo es notwendig ist. Laut Kurz sind dies vor allem die Bereiche Digitalisierung, Klimaschutz und Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Damit könne die Modernisierung gelingen.



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Gesetz über digitale Dienste](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

2. Juni 2020 - 8. September 2020

[Neues Wettbewerbsinstrument](#)

Wettbewerb

3. Juni 2020 - 8. September 2020

[Rahmen für Investitionsschutz und -erleichterung](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

26. Mai 2020 - 8. September 2020

[Mehrwertsteuerregelung für Reisebüros \(Bewertung\)](#)

Steuern

25. Mai 2020 - 14. September 2020

[Laden von Software auf Funkanlagen](#)

Binnenmarkt

25. Mai 2020 - 14. September 2020

[Transeuropäische Energieinfrastruktur – Überarbeitung der Leitlinien](#)

Energie

18. Mai 2020 - 13. Juli 2020

[Anpassung an den Klimawandel – EU-Strategie](#)

Klimaschutz

14. Mai 2020 - 20. August 2020

[Tiefseefischerei im Nordostatlantik – Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

13. Mai 2020 - 5. August 2020

[Bewertung der EU-Politik zur Förderung der Landwirtschaft](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

8. Mai 2020 - 11. September 2020

[Geldwäsche & Terrorismusfinanzierung – Aktionsplan](#)

Binnenmarkt

7. Mai 2020 - 13. August 2020

[Verbringung von Abfällen – Überprüfung und Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt

7. Mai 2020 - 30. Juli 2020

[Emissionsarme Fahrzeuge - Verbesserung der Tank-/Ladeinfrastruktur der EU](#)

Verkehr

6. April 2020 - 29. Juni 2020

[Alternative Kraftstoffe und Infrastruktur – Bewertung](#)

Verkehr

6. April 2020 - 29. Juni 2020

[Klimazielpfad 2030](#)

Klimaschutz

31. März 2020 - 23. Juni 2020

[Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen](#)

Beschäftigung und Soziales

31. März 2020 - 23. Juni 2020

[Bewertung des EU-Rechtsrahmens für die Bestrahlung von Lebensmitteln](#)

Lebensmittelsicherheit

2. März 2020 - 6. Juli 2020

[Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung](#)

Evaluation

10. Juni 2020 - 02. September 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Christina Senn, MA, BSc

Abbildungsverzeichnis

S. 5

<https://www.europarl.europa.eu/austria/de/aktuell-presse/meldungen/2020-meldungen/juni-2020/pr-2020-june-1.html>

S. 6

<https://www.flickr.com/photos/eu2020hr>